

Inhaltsverzeichnis

1. Krauss-Maffei Wegmann	
2. Rheinmetall	
3. EADS	
4. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik	
5. Commerzbank	
6. Förderkreis Deutsches Heer	
7. Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie	
8. Lobbyregister EU	

Krauss-Maffei Wegmann

Die **Krauss-Maffei Wegmann** GmbH & Co KG (KMW) ist eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen und neben Rheinmetall einer der Hauptlieferanten für die Bundeswehr im Bereich von Heereswaffen.^[1] Im Juli 2015 wurde bekannt, dass das Unternehmen mit dem französischen Rüstungskonzern Nexter fusionieren soll. Als neuer Name wurde "Newco" genannt,^[2] 2016 war die Fusion vollzogen.^[3]

Bekannt wurde vor allem die ausgeprägte Lobbyarbeit von KMW (und anderen Rüstungsunternehmen wie EADS) in den Jahren 2010-2012, im Rahmen der Verhandlungen um die Untertstützung der Bundesregierung beim Export des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien.^[4]

Krauss-Maffei Wegmann



Branche	Sicherheit und Rüstung
Hauptsitz	München
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.kmweg.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
3 Geschäftsführung und Aufsichtsrat	3
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	4
5 Fallbeispiele und Kritik	4
5.1 Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete	4
5.2 Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung	5
6 Weiterführende Informationen	5
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
8 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

Krauss-Maffei Wegmann entstand 1999 aus einer Fusion der beiden Unternehmen Krauss-Maffei AG und Wegmann & Co.^[5] Die Fusion selbst erfolgte dabei, abseits von der öffentlichen Wahrnehmung, in einer Art Geheim-Deal.^[6]

Im Sommer 2011 rückte das Unternehmen infolge eines möglichen Verkaufs von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit.^[7]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Laut dem Stockholm International Peace Resaerch Institute (SIPRI; Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut) erwirtschaftete Krauss-Maffei Wegmann im Jahr 2012 einen Umsatz von 980 Millionen US-Dollar mit Rüstungsgütern (2011: 1.25 Milliarden). Im Ranking der größten Waffenhersteller der Welt belegte KMW 2012 Platz 73.^[8] Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig rund 3.000 Mitarbeiter an Standorten in Deutschland, Brasilien, Griechenland, Mexiko, den Niederlanden, Singapur und den USA.^[9] Krauss-Maffei Wegmann ist nicht börsennotiert und befindet sich im Privatbesitz. Maßgebliche Anteilseigner sind die Familien Bode und von Braunbehrens.

Eigentümerin der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG ist die Familienholding Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG in Kassel. Die Holding gehört circa 26 Teilhabern.^{[6][10]}

Krauss-Maffei Wegmann gilt als eine der verschlossensten Firmen der deutschen Wirtschaft.^[6] Den Eignerfamilien hilft bei ihrem Streben nach Diskretion, dass sie weder Krauss noch Maffei oder Wegmann heißen.^[6] Seit dem Aufkauf des 49-Prozent-Anteils von Siemens im Jahr 2011 sind die Anteile der Wegmann-Gruppe in privater Hand.^[11] KMW war und ist sehr aktiv im Export seiner Produkte, so wurden die Kampfpanzer Leopard 1 und 2 in zahlreiche Länder geliefert.^[12] Weltweit vernetzt ist das Unternehmen über zahlreiche Tochterunternehmen.

Die Tochterunternehmen sind:

- ATM Computer Systeme GmbH
- GLS Gesellschaft für logistischen Service
- KMW Schweißtechnik GmbH
- HDVS Hellenic Defense Vehicle Systems
- Wegmann USA, Inc.
- DDVS Dutch Defense Vehicle Systems
- ARTEC GmbH
- PSM GmbH
- HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH
- VPS Vehicle Protection Systems GmbH
- VPS de México S. A.
- WFEL Ltd.^[13]

Krauss-Maffei Wegmann hat 2012 den weltweiten Marktführer für mobile Brückensysteme WFEL aufgekauft.^[14] Gegenwärtig plant KMW eine Fusion mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter.^[15]

Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführer der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG sind ^[16]:

- **Frank Haun**
 - **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik**, Mitglied des Präsidiums
 - **Münchner Sicherheitskonferenz**, Mitglied im Advisory Board^[17]
- Horst Rieder

- Jürgen Weber

Mitglieder des Aufsichtsrat der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG sind:

- **Manfred Bode** (Vorsitzender)
 - Regionalbeirat Süd der [Commerzbank](#), Mitglied
 - ehem. Präsidiumsmitglied [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - erhielt das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und den Bayerischen Verdienstorden

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Krauss-Maffei Wegmann ist Mitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#), dem Politiker, hochrangige Militärs und die meisten deutschen Rüstungsunternehmen angehören.

In dem Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2012 pflegte Krauss-Maffei Wegmann intensive Kontakte zum Außen- und Wirtschaftsministerium. Hintergrund war dabei Frage, ob die Bundesregierung Exporte des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien unterstützt. In dieser Zeit besuchte KMW-Geschäftsführer Frank Haun wiederholt hohe Beamte der beiden Ministerien.^[18]

Bei Exportgenehmigungen müssen sowohl das Außen- als auch das Verteidigungsministerium zustimmen. Der Stern bezieht sich auf eine 27 Seiten umfassende Aufstellung von Kontakten zwischen Rüstungsunternehmen und Ministerien, die auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz erstellt wurde. Die Liste führt hierbei vier Treffen zwischen Haun und Staatssekretären des Auswärtigen Amts auf, sowie drei weitere im Wirtschaftsministerium. Zudem waren bei einer Begegnung mit dem damaligen Außenminister Guido Westerwelle (FDP) neben Haun auch weitere Vertreter des [Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV) anwesend.^[18] Im Jahr 2013 beliefen sich die Ausgaben von Krauss-Maffei Wegmann für Lobbyarbeit in den USA auf 120.000 US-Dollar.^[19] Im freiwilligen [Transparenz-Register der Europäischen Union](#) wird KMW nicht geführt.^[20]

Fallbeispiele und Kritik

Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete

In einem Zusammenhang mit Geschäften von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in Griechenland kam im Mai des Jahres 2014 heraus, dass zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete ein Honorar von KMW erhalten hatten. Demzufolge hatte der Rüstungskonzern einer Beratungsgesellschaft der ehemaligen Abgeordneten in den Jahren von 2000 bis 2005 mehr als fünf Millionen Euro gezahlt.^[21] Entdeckt wurden die Zahlungen bei einer internen Untersuchung zu zwei Panzergeschäften. Anlass der Prüfung, die von KMW selbst in Auftrag gegeben wurde, waren mutmaßliche Schmiergeldzahlungen bei Geschäften mit Griechenland.^{[22][23]}

Die Aufdeckung der Zahlungen an die langjährigen SPD-Politiker bei den KMW-internen Untersuchungen zu den Panzergeschäften, erweckt laut der „Süddeutschen Zeitung“ den Verdacht, dass mit diesen Mitteln in Millionenhöhe Einfluss auf die Auftragsvergabe in Athen genommen wurde.^[24] Der Konzern hat im vergangenen Jahrzehnt für fast zwei Milliarden Euro Leopard-2-Panzer und Panzerhaubitzen nach Athen

verkauft. Die Anbahnung und der Abschluss der Panzer-Deals fallen vor allem in jene Jahre, in denen laut Untersuchung die beiden SPD-Politiker Dagmar Luuk und Heinz-Alfred Steiner über eine Firma namens „Büro für Südosteuropaberatung“ (BfS) ein Millionen-Honorar für Beratung von KMW bekamen.^[25] Ferner wurde berichtet, dass die beiden SPD-Leute nach ihrer Zeit im Parlament über ihre gemeinsame Beraterfirma lukrative Verträge mit KMW abgeschlossen hatten. In diesen verpflichtete sich das Unternehmen im Falle eines Verkaufs der Panzerhaubitze nach Griechenland drei Prozent Erfolgshonorar auszuzahlen.^[26]

Dagmar Luuk war von 1980 bis 1990 Mitglied des Bundestages. Während dieser Zeit war sie Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe und verfügte damit bereits früh über gute Kontakte nach Griechenland, insbesondere zur sozialdemokratischen Partei Pasok. Die Kontaktverbindungen hielten sich zudem nach ihrer Zeit als Abgeordnete langezeit aufrecht.^[27] Heinz-Alfred Steiner, früherer Parlamentskollege und Parteifreund von Luuk, saß von 1980 bis 1994 im Bundestag. Der frühere Bundeswehrhauptmann war zeitweise Vizechef des Verteidigungsausschusses.^[27] Kritik an den Zahlungen wird unter anderem von dem Rüstungsexperten Jan van Aken der Linksfraktion im Bundestag geäußert: „Gabriel muss das jetzt schleunigst aufklären, denn die beiden waren für die SPD im Bundestag und haben möglicherweise Wissen oder Verbindungen aus dieser Zeit für einen Waffendeal benutzt“.^[28]

Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung

Im November 2014 gab es mehrere Hausdurchsuchungen; es wurde einem Verdacht auf Steuerhinterziehung nachgegangen. In dem Zusammenhang wurde berichtet, dass in Griechenland mehrere Mittelsmänner gestanden hätten, unter anderem im Namen von Krauss-Maffei-Wegmann Bestechungssummen gezahlt zu haben. Im Dezember 2014 sollen entsprechende Verfahren von der griechischen Justiz aufgenommen werden.^[29]

Seit Mitte Januar 2015 sitzt ein ehemaliger Manager von Krauss-Maffei Wegmann in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen zwischen 2002 und 2004 mehr als 1,1 Millionen Euro aus Rüstungsgeschäften erhalten und diese nicht versteuert zu haben. Das Geld stammt aus einem Geschäft zwischen KMW Deutschland, KMW Griechenland und dem Athener Verteidigungsministerium. Der ehemalige Manager soll um die 490.000 Euro in Bar erhalten haben. Das restliche Geld soll nach Angaben der Polizei auf seine Schweizer Konto überwiesen worden sein.^[30]

Weiterführende Informationen

- [The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies in the world excluding China, 2012](#)
- [Tödliche Deals: Deutsche Waffen für die Welt, Doku über Waffen Teil 2 \(KMW-Geschäftsführer Frank Haun gibt für diese Dokumentation exklusiv und zum ersten Mal ein Fernsehinterview\)](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. [↑ Top5 - Die größten deutschen Rüstungskonzerne im Vergleich](#), abgerufen am 30.06.2014

2. ↑ [Deutschlands und Frankreichs Panzerbauer fusionieren](#), Süddeutsche Zeitung, 28. Juli 2015, zuletzt aufgerufen 28.7.2015
3. ↑ [Krauss-Maffei-Wegmann, Nexter: Deutsch-französischer Panzerbauer auf Leopardenjagd](#), Handelsblatt, 31. Mai 2016, zuletzt aufgerufen am 1.8.2016
4. ↑ [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de Blog von Hans-Martin Tillack vom 14.04.2014, abgerufen am 26.06.2014
5. ↑ [Webseite von Krauss-Maffei Wegmann](#), abgerufen am 27.06.2014
6. ↑ ^{6,06,16,26,3} [Panzerproduzent Krauss-Maffei Wegmann - Die verschwiegene Macher des Leopard-2-Panzers](#), Focus.de vom 03.07.2014, abgerufen am 27.06.2014
7. ↑ [Leopard-Panzer-Deal - Saudi-Arabien verliert Geduld mit Deutschland](#), Zeit Online vom 12.07.2013, abgerufen am 14.07.2014
8. ↑ [The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies in the world excluding China \(2012\)](#), abgerufen am 30.06.2014
9. ↑ [Deutsch-französische Fusion: Krauss-Maffei Wegmann und Nexter schmieden Panzer-Giganten](#), Spiegel Online vom 01.07.2014, abgerufen am 01.07.2014
10. ↑ [Rüstungsfirma Kraus-Maffei Wegmann - Stur wie ein Panzer](#), Süddeutsche.de vom 21.06.2012, abgerufen am 30.06.2014
11. ↑ [Siemens und Krauss-Maffei Trennung - zehn Jahre zu spät](#), Süddeutsche vom 17.12.2010, abgerufen am 01.07.2014
12. ↑ [Top5 - Die größten deutschen Rüstungskonzerne im Vergleich](#), abgerufen am 30.06.2014
13. ↑ [Webseite von Krauss-Maffei-Wegmann](#), abgerufen am 27.06.2014
14. ↑ [Panzerbauer kauft Brückenhersteller](#), Handelsblatt vom 23.05.2012, abgerufen am 01.07.2014
15. ↑ [Deutsch-französische Fusion: Krauss-Maffei Wegmann und Nexter schmieden Panzer-Giganten](#), Spiegel Online vom 01.07.2014, abgerufen am 01.07.2014
16. ↑ [Impressum Webseite KMW](#), abgerufen am 18. 11. 2014
17. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke, Veranstaltung Dezember 2014](#), abgerufen am 18. 11. 2014
18. ↑ ^{18,018,1} [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de vom 14.04.2014, abgerufen am 27.06.2014
19. ↑ [Opensecrets \(US-Lobbyregister\)](#), abgerufen am 26.07.2014
20. ↑ [Transparency Register \(EU-Lobbyregister\)](#), abgerufen am 03.07.2014
21. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
22. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
23. ↑ [Schmiergeldskandal: Griechischer Ex-Vertreter von Panzerkonzern KMW verhaftet](#), Spiegel Online vom 30.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
24. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
25. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
26. ↑ [Wegen Panzer-Deal mit AthenKorrupte SPD-Abgeordnete im Visier der Staatsanwälte](#), Focus.de vom 22.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
27. ↑ ^{27,027,1} [Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann: Panzer und Genossen](#), Süddeutsche.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
28. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
29. ↑ [Verdacht auf Schmiergeld. Razzia bei Panzer-Hersteller Kraus-Maffei-Wegmann](#) Mitteldeutsche Zeitung, 17. November 2014, zuletzt aufgerufen am 17.11.2014
30. ↑ [Korruption Ex-KMW-Manager in Haft](#) Spiegel vom 04.04.2015, zuletzt aufgerufen am 29.05.2015

Rheinmetall

Die Rheinmetall AG, einer der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern, hat 2014 ihre Lobbyaktivitäten auf diesem Markt durch die Einstellung des ehemaligen Entwicklungshilfeministers **Dirk Niebel** (FDP) als Cheflobbyisten intensiviert. Dieser Seitenwechsel ist von einem großen Teil der Medien scharf kritisiert worden. Davon unbeeindruckt ist dann im Mai 2017 mit **Franz-Josef Jung** (CDU) ein ehemaliger Bundesverteidigungsminister und Bundestagsabgeordneter in den Aufsichtsrat der Rheinmetall AG gewählt worden.^[1] Jung war von 2005 bis 2009 Bundesverteidigungsminister, danach kurz Bundesarbeitsminister.

Rheinmetall AG	
Branche	Automobil- /Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.rheinmetall.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung, Geschäftsfelder und Finanzen	7
2 Unternehmensstruktur	7
2.1 Vorstand	7
2.2 Aufsichtsrat	8
2.3 Cheflobbyist	8
2.4 Mitgliedschaften	8
3 Schmiergeldermittlungen gegen Rheinmetall	8
3.1 37 Millionen Geldbuße wegen Bestechung	8
3.2 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation	9
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
5 Einzelnachweise	9

Kurzdarstellung, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2015 lag der Umsatz bei 5,2 Mrd. Euro. Der Konzern beschäftigt weltweit ca. 23 Tsd. Mitarbeiter.

Der Bereich "Rheinmetall Automotive" mit der Führungsgesellschaft KSP AG (vormals Kolbenschmidt Pierburg) gehört zu den weltweit größten Aufomobilzulieferern. Der Bereich "Rheinmetall Defence" ist ein Anbieter von Rüstungsprodukten (Gepanzerte Fahrzeuge, Waffen, Flugabwehr und Elektronik).

Unternehmensstruktur

Vorstand

Vorsitzender des Vorstands:

- Armin Papperger, Präsident des [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

Mitglied ist u.a.

- **Franz-Josef Jung** (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 2015 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bereich Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Europapolitik, 2005 bis 2009 Bundesminister der Verteidigung, danach ca. 1 Monat Bundesminister für Arbeit und Soziales

Cheflobbyist

Cheflobbyist (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen) ^[2] seit 1. Januar 2015:

- **Dirk Niebel** (FDP)
 - Selbständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting)
 - 2009 - 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Seitenwechsel von Niebel zur Rheinmetall hat in der Öffentlichkeit große Empörung ausgelöst.^[3] Denn der neue Cheflobbyist war während seiner Amtszeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat und damit auch an Entscheidungen über Waffenexporte beteiligt. Zu diesen gehörte auch die umstrittene Vorabgenehmigung für den Export von über 200 Panzern nach Saudi-Arabien.

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) e.V. (BDSV)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie](#) (BDLI)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) (Andreas Schwer, Mitglied des Bereichsvorstands Rheinmetall Waffe Munition GmbH Combat Systems, ist Mitglied des Präsidiums)

Schmiergeldermittlungen gegen Rheinmetall

37 Millionen Geldbuße wegen Bestechung

Im Januar 2014 berichtete der Spiegel von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[4] Der frühere Griechenland-Repräsentant der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, Panagiotis Efstathiou, hatte Anfang Januar bei Vernehmungen in Athen ausgesagt, beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert zu haben. Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten. In einer Pressemeldung zur Einstellung des Verfahrens in Bremen teilte der Konzern dann mit: "In dem seit Mitte des Jahres 2013 laufenden Ermittlungsverfahren wird einer Reihe von Einzelpersonen zur Last gelegt, hier ein korruptives System eingerichtet und unterhalten bzw. unterstützt zu haben. RDE wurde im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenverfahrens zu Last gelegt,

durch einen Mangel an internen Kontrollen die verdächtigen Zahlungen an den Vertriebspartner nicht aufgedeckt und unterbunden zu haben. Der Bescheid der Staatsanwaltschaft basiert auf den Delikten der Bestechung ausländischer Amtsträger und der Steuerhinterziehung und beläuft sich auf eine hohe Gewinnabschöpfung von 36,77 MioEUR sowie Bußgeldzahlungen in Höhe von 300.000 EUR. RDE übernimmt damit die Verantwortung, dass durch sie und ihre Rechtsvorgängerin, die STN Atlas GmbH, bei dem Verkauf von Flugabwehrsystemen vom Typ ASRAD an Griechenland die notwendigen organisatorischen Maßnahmen unterblieben waren, um unzulässige Zahlungen an Amtsträger in Griechenland zu verhindern."^[5] Rheinmetall wurde mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Die Verfahren wegen Bestechung gegen 13 meist frühere Mitarbeiter von Rheinmetall und des Partners Atlas laufen weiter vor einem Gericht in Athen. Während des Verfahrens kam heraus, dass sich auch zwei Manager von Rheinmetall persönlich bereichert hatten. In E-Mails wurden eine eigene Sprache verwendet: Schmiergeld wurde als "Special tools" (Spezialwerkzeuge) bezeichnet, von "downstreamen" sprach man, wenn auch unterhalb der Chefetagen in den Ministerien und beim Militär bestochen werden sollte. Um Projekte voranzubringen, waren als "Loyalities" bezeichnete weitere Zahlungen fällig. Efstathiou wurde sehr deutlich: "Den Zuschlag für lukrative Rüstungsaufträge bekomme er nicht, weil er in der orthodoxen Kirche um göttlichen Beistand bete, machte Efstathiou klar. Der Erfolg beruhe auf dem 'Einsatz unserer Werkzeuge'".^[6]

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation

Die Rheinmetall Air Defence mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze an Indien verkauft und dabei Bestechungsgelder von 26 Tsd. Euro bezahlt haben.^[7] Rheinmetall kam darauf hin auf eine schwarze Liste der indischen Behörden, die dem Unternehmen bis ins Jahr 2022 verboten, Rüstungsgüter an Indien zu verkaufen. Danach soll Rheinmetall einem indischen Lobbyisten 530 Tsd. Euro überwiesen haben, um die indischen Behörden dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen. Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Neuer Aufsichtsrat bei Rheinmetall](#), 09.05.2017, deutschlandfunk.de, abgerufen am 09.05.2017
2. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
3. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), [Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 25. 7. 2014
4. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, [Webseite Spiegel](#), abgerufen am 25. 7. 2014
5. ↑ [Ermittlungen gegen Rheinmetall Tochtergesellschaft in Bremen mit Bußgeldbescheid abgeschlossen](#), Pressemeldung Rheinmetall, 11. Dezember 2014, zuletzt aufgerufen am 25.7.2016
6. ↑ [Schmiergeld-Skandal um Rheinmetall: Entlarvende Mails](#), Süddeutsche Zeitung, 27. Oktober 2014, zuletzt aufgerufen am 25.7.2016
7. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, [Webseite](#) abgerufen am 28. 7. 2014

EADS

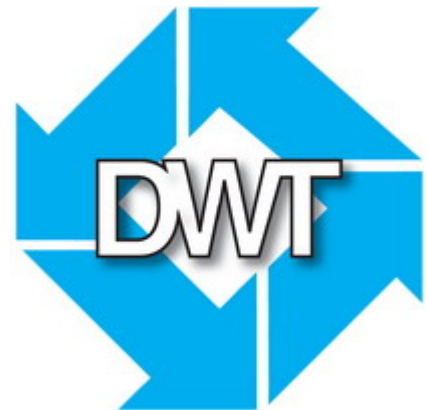
Weiterleitung nach:

- [Airbus Group](#)

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Die **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Verein, bei dessen Treffen und Diskussionsrunden Vertreter der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter des **Bundesverteidigungsministeriums** Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern können.

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT)



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Rüstungsunternehmen, MdBs, Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs erörtern Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik

Gründungsjahr 1957

Standort

Hauptsitz Hochstadenring 50, 53119 Bonn

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.dwt-sgw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	11
1.1 Verbindungen	12
2 Fallstudien und Kritik	12
2.1 Gemeinnützigkeit der DWT	12
3 Organisationsstruktur und Personal	12
3.1 Vorstand	12
3.2 Präsidium	13
3.3 Beirat der Repräsentanz in Brüssel	14
3.4 Mitglieder	14
4 Finanzen	14
5 Kurzdarstellung und Geschichte	14
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
7 Einzelnachweise	15

Einflussnahme und Lobbystrategien

Der Rahmen der DWT erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei werden die Rüstungsunternehmen neben ihrem Sachverstand zwangsläufig auch ihre Interessen an aufwändigen Rüstungsprojekten einbringen, für deren Kosten der Steuerzahler aufkommt. Interessengruppen, die an der Abrüstung oder an der Begrenzung der Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen) sind in dem Verein nicht vertreten.

Das dauerhafte Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentariern birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien faktisch in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen es an der gebotenen Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie mangelt.

Bei den Berliner Aktivitäten handelt es sich um Gesprächs- und Diskussionsrunden mit

- Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "WiMi Gespräch"
- der sicherheitspolitischen Szene in der Hauptstadt: "Parlamentarischer Abend"
- wichtigen Gesprächspartnern aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen: "Berliner Gespräch des AKM"

In Brüssel werden Diskussionsrunden organisiert. Daneben werden die DWT-Industrietreffen am Standort SHAPE (ca. 60 km südlich von Brüssel in der Nähe von Mons) veranstaltet.

Verbindungen

- Die DTW ist Mitglied der [European Federation of Defence Technology Associations](#) (EDTA)
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bestehen mit:
 - [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#) (GfW)
 - [Carl-Cranz-Gesellschaft](#) (CCG)
 - [Deutscher Bundeswehrverband](#) (DBwV) und
 - [Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr](#)(VdRBw)
- Gemeinsame Veranstaltungen gibt es auch mit:
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) (DGAP) und
 - [Förderkreis Deutsches Heer](#)^[1]

Mit der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) wird das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik" veranstaltet.

Fallstudien und Kritik

Gemeinnützigkeit der DWT

Die DWT ist als gemeinnützig anerkannt und hat dadurch bedeutende Steuervorteile. Dies hat eine Reihe von Bundestagsabgeordneten Ende August 2015 kritisiert.^[2]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Rainer Schuwirth	General a.D.
Stellv. Vorsitzender	Georg Wilmers	BwFuhrparkService GmbH, Geschäftsführer
	Armin Schmidt-Franke	Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), Vizepräsident
	Bertram Gorlo	Airbus Defence and Space GmbH, Senior Vice President, Head of Regional Sales
	Werner Weisenburger	Streitkräfteamt der Bundeswehr, Amtschef

und viele weitere Mitglieder

(Stand: Mai 2017) Quelle: ^[3]

Präsidium

Zu den ca. 50 Präsidiumsmitgliedern gehören u.a. die folgenden Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags: **Rainer Arnold** (SPD), **Florian Hahn** (CSU), **Wolfgang Hellmich** (SPD), **Gisela Manderla** (CDU), **Henning Otte** (CDU), **Bernd Siebert** (CDU). Weiterhin ist der NRW-Landtagsabgeordnete **Marc Lürbke** (FDP) Mitglied.

Präsident Gerhard Schempp	<ul style="list-style-type: none"> • ESG Elektroniksystem- und Logistik GmbH, Vorsitzender der Geschäftsführung
Vizepräsident Henning Otte	<ul style="list-style-type: none"> • CDU, Mitglied des Bundestages, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU /CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Verteidigungsausschuss • Förderkreis Deutsches Heer, Mitglied des Präsidiums
Rainer Arnold	<ul style="list-style-type: none"> • SPD, Mitglied des Bundestages, Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzender Verteidigungsausschuss
Marc Lürbke	<ul style="list-style-type: none"> • FDP, Mitglied des NRW-Landtags
Wolfgang Hellmich	<ul style="list-style-type: none"> • SPD, Mitglied des Bundestages, Mitglied im Verteidigungsausschuss • Förderkreis Deutsches Heer, Mitglied • Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (DGAP), Mitglied
Florian Hahn	<ul style="list-style-type: none"> • CSU, Mitglied des Bundestages, Mitglied im Verteidigungsausschuss • Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG), Mitglied des Aufsichtsrats^{[4][5]} • Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe, Vizepräsident • Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, Beiratsmitglied • Krauss-Maffei Wegmann, ehem. Mitarbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit^[6]
Bernd Siebert	<ul style="list-style-type: none"> • CDU, Mitglied des Bundestages, Mitglied im Verteidigungsausschuss • Förderkreis Deutsches Heer, Mitglied des Präsidiums
Andreas Schwer	<ul style="list-style-type: none"> • Rheinmetall AG, Corporate Sector Defence, Mitglied des Bereichsvorstandes
R. Uwe Proll,	<ul style="list-style-type: none"> • Behörden Spiegel, ProPress Verlag GmbH, Redaktionsdirektor
Generalmajor Peter Bohrer	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeswehr, Chef des Stabes, Kommando Streitkräftebasis

und viele weitere Mitglieder

(Stand: Mai 2017) Quelle: ^[7]

Geschäftsführer	Wolfgang Döring
Leiter Büro Berlin	Frank Kleinkauf, ESG Elektroniksystem- und Logistic GmbH
Repräsentant in Brüssel	Theodor Fokken, Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG)

(Stand: Mai 2017)

Beirat der Repräsentanz in Brüssel

Die Mitglieder des Beirats der Repräsentanz in Brüssel sind [hier](#) abrufbar. Neben Vertretern der Rüstungswirtschaft und Militärs gehören dazu u.a.

- Christian Forstner, [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
- Stefan Gerold, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Mitglieder

Die DWT besteht aus persönlichen Mitgliedern (Einzelpersonen), fördernden Mitgliedern (Rüstungsfirmen und Institute), außerordentlichen Mitgliedern (Personen und Vereinigungen, die den Zielen des Vereins nahestehen) und Ehrenmitgliedern. 2016 zählte die DWT ca. 270 fördernde und etwa 870 persönliche Mitglieder.^[8] Die fördernden Mitglieder können [hier](#) abgerufen werden. Mitglieder der DWT e.V. sind zu 50% Angehörige der Bundeswehr, ob aktiv oder im Ruhestand, 40% stammen aus der Wehr- und Sicherheitswirtschaft und rund 10% der Mitglieder kommen aus Forschung, Politik und sonstigen Betätigungsfeldern.^[9]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des **Bundesministeriums der Verteidigung** (BMVg) gegründet worden. Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik (§ 2 der Satzung vom 7. Mai 2013). Dazu bietet der Verein allen Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung eine neutrale Plattform für den Dialog. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft u. a. auf ihr "Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien."^[10] Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Einladung zum Berliner Querschuss vom Mai 2013](#), Webseite DWT, abgerufen am 12.10.2013
- ↑ [Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen](#), Stuttgarter Nachrichten, 31. August 2015, abgerufen am 02.09.2015
- ↑ [Vorstand](#), Webseite DWT, abgerufen am 05.05.2017
- ↑ [Führung](#), iabg.de, abgerufen am 05.05.2017
- ↑ [CSU-Politiker im Verdacht der Kungelei](#). 29.10.2016, spiegel.de, abgerufen am 05.05.2017
- ↑ [Führung](#), iabg.de, abgerufen am 02.09.2015
- ↑ [Präsidium](#) Webseite DWT, abgerufen am 05.05.2017
- ↑ [DWT - Wehrtechnik im Dialog](#) Webseite DWT, abgerufen am 02.12.2016
- ↑ [Sind Sie auch schon Mitglied der DWT?](#), Perspektiven 2016 der Verteidigungswirtschaft, Konferenzbroschüre, dwt-sgw.de, abgerufen am 08.05.2017
- ↑ [Ihre Vorteile](#), Webseite dwt, abgerufen am 11.10.2013


Commerzbank

Die **Commerzbank AG** ist nach der [Deutschen Bank AG](#) das zweitgrößte Finanzinstitut Deutschlands. Die Commerzbank geriet in Folge der [Welt-Finanzkrise](#) in eine bedrohliche Schieflage und musste mit staatlichen Hilfen von über 18 Mrd. Euro gestützt werden. Kritiker bemängelten, dass der Staat seinen möglichen Einfluss auf die Commerzbank und ihre Geschäftspraktiken nicht annähernd ausschöpfte. Der [Soffin](#) senkte im Mai 2013 den Anteil am Aktienkapital der [Commerzbank](#) von gut 25% auf 17%.^[1]

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Commerzbank AG	
COMMERZBANK 	
Branche	Finanz
Hauptsitz	Kaiserplatz 1, 60311 Frankfurt / Main
Lobbybüro Deutschland	Verbindungsbüro Berlin, Pariser Platz 1, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Verbindungsbüro zur EU, Boulevard Louis Schmidt 29, B-1040 Brüssel
Webadresse	www.commerzbank.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	16
2 Personal & Organisation	16
2.1 Vorstand	16
2.2 Aufsichtsrat	16
2.3 Zentraler Beirat	17
2.4 Mitgliedschaften	17
3 Lobbystrategien	17
3.1 Parteispenden	18

4 Fallstudien	18
4.1 Fusion mit Staatshilfe - Die Übernahme der Dresdner Bank	18
4.2 Lobbyisten in Ministerien	18
5 Weiterführende Informationen	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7 Einzelnachweise	19

Kurzdarstellung

Die Commerzbank ist eine international agierende Geschäftsbank mit Standorten in mehr als 50 Ländern. Ihre Kernmärkte sind Deutschland und Polen. Im Jahr 2013 erwirtschaftete sie mit durchschnittlich rund 54.000 Mitarbeitern Bruttoerträge von mehr als 9 Milliarden Euro.^[2]

2013 gab es die folgenden Anteilseigner:

- Capital Group über 5 %
- Black Rock über 5 %
- Bund 17 %
- Private Investoren 26 %
- Institutionelle Investoren 47 %

Personal & Organisation

Vorstand

- **Martin Blessing** (Vorstandsvorsitzender)
- Frank Annuscheit, Markus Beumer, Stephan Engels, Michael Reuther, Stefan Schnittmann, Martin Zielke

(Stand: Februar 2015) Quelle: ^[3]

Aufsichtsrat

- **Klaus-Peter Müller** (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
 - Mitglied des "Board of Directors" der **Parker Hannifin Corporation**, einem führenden Hersteller von Hydrauliksystemen für Fluggeräte - auch für Drohnen
 - Initiator des **Celler Dialogs** (Teilnehmer: Vertreter von Politik, Bundeswehr und Wirtschaft /Rüstungsindustrie)
 - Mitglied des Beirats der **Bundesakademie für Sicherheitspolitik** (BAKS)
 - Vorsitzender des Aufsichtsrats der Lobbyorganisation **Deutsches Verkehrsforum**
 - Mitglied der Europäischen Gruppe der **Trilateralen Kommission**
 - Mitglied des Kuratoriums der **Konrad-Adenauer-Stiftung**
- Uwe Tschäge (Stellv. Vorsitzender)
- Burckhard Bergmann, ehem. Vorsitzender des Vorstands der **E.ON Ruhrgas AG**, stellv. Vorsitzender der **Allianz Lebensversicherungs-AG**
- Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender des Vorstands **Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG**
- Uwe Foullong, Mitglied des **ver.di**-Bundesvorstands
- **Hans-Peter Keitel**, Ex-Präsident des **BDI**

- Alexandra Krieger, [Hans-Böckler-Stiftung](#)
- Ulrich Middelman, ehem. stellv. Vorsitzender des Vorstands [ThyssenKrupp AG](#)
- [Helmut Perlet](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Allianz SE](#)
- Mark Roach, Gewerkschaftssekretär [ver.di](#)-Bundesverwaltung
- Marcus Schenck, Finanzvorstand der [E.ON AG](#)
- Gertrude Tumpel-Gugerell, Ex-Direktorin der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#)
- und: Hans-Hermann Altenschmidt, Karin van Brummelen, Astrid Evers, Daniel Hampel, Otto Happel, Beate Hoffmann, Edgar Meister, Barbara Priester

(Stand: März 2013) Quelle: ^[4]

Zentraler Beirat

Die Mitglieder des Zentralen Beirats sind der Commerzbank verbundene Persönlichkeiten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

Mitglieder u.a.:

- Hans-Heinrich Driftmann, Präsident [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)
- [Ulrich Grillo](#), Präsident des [BDI](#)
- [Johanna Hey](#), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Gründungsmitglied der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- [Helmut Reitze](#) Intendant [Hessischer Rundfunk](#), Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- [Wendelin Wiedeking](#), Ex-Porsche-Chef
- u.a.

(Stand: Januar 2015) Quelle: ^[5]

Mitgliedschaften

- [American Bankers Association \(ABA\)](#)
- [Association for Financial Markets in Europe \(AFME\)](#)
- [British Bankers Association \(BBA\)](#)
- [Bankers Association for Finance and Trade](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Centre for European Policy Studies](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [Institute of International Bankers \(IIB\)](#)
- [Institute of International Finance \(IIF\)](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen \(VfU\)](#)

Lobbystrategien

- Laut Handelsblatt soll [Martin Blessing](#) gute Beziehungen zu [Jens Weidmann](#) besitzen, dem früheren Wirtschaftsberater der Kanzlerin Merkel und jetzigem [Bundesbank-Präsident](#).^[6]

Parteispenden

[Übersicht über Spenden der Commerzbank an Parteien 2001-2008](#)

Fallstudien

Fusion mit Staatshilfe - Die Übernahme der Dresdner Bank

Am 31. August 2008 gab die Commerzbank bekannt, dass sie die 100% der **Dresdner Bank** von der **Allianz SE** für 9,8 Mrd Euro erwerben werde. Der Deal sah vor, dass ein Großteil des Betrages mit Commerzbank-Aktien (teilweise neu emittiert) bezahlt würde, sodass die Allianz SE mit 30% an der Commerzbank AG beteiligt werde.

Im Zuge der Finanzkrise drohte diese Übernahme zu platzen. In einer Nachverhandlung wurde der Umfang des Deals verringert, zum größten Teil dem stark gesunkenen Aktienkurs der Commerzbank geschuldet. Außerdem wurde der Zeitpunkt der völligen Übernahme um 6 Monate vorgezogen, auf den Januar 2009. Ursprünglich sollte der Übernahmevergang erst im 2. Halbjahr 2009 abgeschlossen sein.

Im Dezember 2008 nahm die Commerzbank dann stille Einlagen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung **Soffin** in Anspruch, im Umfang von 8,2 Mrd Euro, da die in der Dresdner Bank lagernden Risikopapiere von weit größerem Umfang waren als angenommen (Quelle?)

Am 8. Januar 2009 übernahm der **Soffin** 25 Prozent der Commerzbankaktien für 1,8 Mrd Euro und tätigte weitere stillen Einlagen von 8,2 Mrd Euro, um die gefährdete Übernahme zu retten.

Letzendlich wurde die Übernahme der Dresdner Bank mit 18,2 Mrd Euro gestützt, mehr als das dreifache des Wertes der Dresdner Bank. Als Gewinner des Deals kann (neben der Commerzbank) vor allem die Allianz SE gelten. Mit dem Verkauf der Dresdner wurde die Allianz ihre defizitäre Tochter los, bei der wohl noch unübersehbare Risikopapiere schlummern. Mit nur 1,45 Mrd Euro garantiert die Allianz nun für etwaige zukünftige Lasten der verkauften Tochter. Das ist im Vergleich zum Engagement des Bundes ein Schnäppchen. Allianz und Commerzbank bemühten sich um Rechtfertigungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte des Kapitals ja als Puffer für potenzielle weitere Verluste dienen.^[6]

Lobbyisten in Ministerien

Die Commerzbank war laut Auskunft des **Bundeswirtschaftsministeriums** dort durch einen Mitarbeiter vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	05.01.2004 - 30.06.2004 ^[7]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat V C 2 (Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung)

Weiterführende Informationen

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister](#) der EU hat die Commerzbank im Geschäftsjahr 2014 zwischen 800 Tsd. und 900 Tsd. Euro für die direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben. ^[8]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bund verliert mit der Commerzbank 2,5 Milliarden Euro](#) faz.net vom 15.05.2013, abgerufen am 21.05.2013
2. ↑ [Commerzbank im Überblick](#), Webseite abgerufen am 08. 02. 2015
3. ↑ [Commerzbank-Vorstand](#), Webseite abgerufen am 08. 02. 2015
4. ↑ [Webseite Commerzbank - Mitglieder des Aufsichtsrats der Commerzbank Aktiengesellschaft](#) abgerufen am 15.03.2013
5. ↑ [Webseite Commerzbank - Zentraler Beirat](#) abgerufen am 15.03.2013
6. ↑ ^{6,06,1} [Kleinlaute Töne aus dem Tower](#) Handelsblatt vom 12.Januar 2009
7. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
8. ↑ [EU-Lobbyregister](#), abgerufen am 02.03. 2015

Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** zählt neben der [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.](#) (GfW) und der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.](#) (DWT) zu den wichtigsten Lobby-Verbänden der deutschen Rüstungsindustrie. Mitglieder des FKH sind Politiker, hochrangige Militärs sowie die meisten deutschen Unternehmen aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Förderkreis Deutsches Heer



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	20
2 Lobbystrategien und Einfluss	20
3 Fallstudien und Kritik	21
3.1 2010: Kleine Anfrage der LINKE	21
3.2 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	21
3.3 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	21
4 Organisationsstruktur und Personal	22
4.1 Vereinsvorstand	22
4.2 Vereinspräsidium	22
4.3 Mitgliedsfirmen	22
5 Finanzen	22
6 Weiterführende Informationen	22
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
8 Einzelnachweise	23

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, die Mitgliederinteressen gegenüber Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zu repräsentieren, sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen. Fördernde Mitglieder sind Unternehmen der Rüstungsindustrie. Zu den persönlichen Mitgliedern zählen Bundestagsabgeordnete sowie hochrangige Heeresoffiziere. Außerordentliche Mitglieder sind sonstige Vereinigungen und Personen, die die Ziele des Vereins unterstützen.^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentariern, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden. Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Außerdem erhielten die Parteien CDU, CSU, FDP und SPD zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Millionen Euro Spenden von Mitgliedsfirmen des FKH und der DWT. Eine genauere Auflistung der Spenden erfolgt weiter unten.

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentariern kein Problem sieht .^[4]

Fallstudien und Kritik

2010: Kleine Anfrage der LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion der LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#) (GfW) und der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an [CDU](#), [CSU](#), [FDP](#) und [SPD](#) gespendet.

2005-2010 erhielten CDU und CSU von der [Würth-Gruppe](#), der [Commerzbank AG](#), [Daimler AG](#), [EADS](#), [Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG](#), [Rheinmetall AG](#), [SAP Deutschland AG & CO. KG](#), [ESG Elektronik System und Logistik GmbH](#), [Rohde & Schwarz GmbH](#) und der [Zeppelin-Gruppe](#) insgesamt 2.020.450 Euro.

Die SPD erhielt von der [Daimler AG](#), [EADS](#) und [Commerzbank AG](#) insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der [Commerzbank AG](#), der [Daimler AG](#), der [Würth-Gruppe](#) und [Rheinmetall AG](#) insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten [Bernd Siebert](#) und [Johannes Kahrs](#), beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kaufs eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns [Mowag](#) hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens [Krauss-Maffei Wegmann](#) (KMW), wie die beiden Abgeordneten auch Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über die Jahre mehrfach größere Spenden von KMW erhalten.^[5]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter auch die beiden SPD-Abgeordneten [Gerd Höfer](#) und [Johannes Kahrs](#), die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden“, jedoch müssen sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

Wolfgang Köpke (Präsident), Generalleutnant a.D.

Frank Haun (Vizepräsident Industrie), Vorsitzender der Geschäftsführung [Krauss-Maffei Wegmann](#), Vizepräsident [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), Mitglied des Präsidiums [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DGW\)](#), Beiratsmitglied [Münchener Sicherheitskonferenz](#)

Oswin Veith (Vizepräsident Politik), CDU-MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags, Mitglied der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

(Stand: 04/2018) Quelle: ^[7]

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FDH-Webseite nicht genannt werden. Mitglied ist u.a. **Bernd Siebert**, CDU-MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags, Mitglied des Präsidiums [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#) ^[8]

Stand: 04/2019)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als [fördernde Mitglieder](#). Hierzu gehören z.B. [Daimler](#), [Heckler & Koch](#) und [Rheinmetall](#).

Finanzen

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. macht auf seiner Webseite keine Angaben zu seiner Finanzierung. Eine schriftliche Anfrage von LobbyControl wurde nicht beantwortet. ^[9]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Förderkreis Deutsches Heer e.V.: [Der Förderkreis](#), fkhev.de, abgerufen am 25.04.2019
- ↑ Förderkreis Deutsches Heer e.V.: [Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2014
- ↑ Förderkreis Deutsche Heer e.V.: [InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Der Förderkreis Deutsches Heer e.V.](#), fkhev.de, abgerufen am 25.04.2019
- ↑ [Biografie Deutscher Bundestag](#), bundestag.de, abgerufen am 25.04.2019
- ↑ [Schriftliche Anfrage vom 06.02.2014 zur Finanzierung des FKH durch LobbyControl](#)

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** (BDSV) ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV)



Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Sicherheits- und
h Verteidigungsindustrie

Gründun September 2009
gsdatum

Hauptsit Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
z

Lobbybü
ro

Lobbybü <text>
ro EU

Webadr www.bdsv.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	24
--	----

2 Organisationsstruktur und Personal	25
2.1 Geschäftsführung	25
2.2 Vorstand	25
2.3 Mitglieder	25
2.4 Verbindungen	25
3 Lobbystrategien und Einfluss	26
3.1 Veranstaltungen	26
3.2 Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV	26
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
5 Einzelnachweise	26

Kurzdarstellung und Geschichte

Der BDSV fungiert als "Point of Contact" der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und als Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien.^[1] Zu den Aufgaben/Zielen gehören u. a. die Interessenvertretung beim Bund, der EU und internationalen Institutionen, die enge Zusammenarbeit mit relevanten Bundesministerien und der Bundeswehr sowie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und die Umsetzung behördlicher Verfügungen, Verordnungen und Gesetzen.^[2] Der BDSV verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen und bietet Informationen über die relevanten Themen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.^[3]

Der BDSV behandelt die folgenden Themen:

- Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- Technologien
- Verteidigungshaushalt
- EU-Verteidigungspaket
- Wettbewerb
- Offset/Kompensationsleistungen
- Rüstungsexport
- Mittelstand

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	<ul style="list-style-type: none">• ehem. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter Wolfgang Clement• ehem. Mitgesellschafter der PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH (Vorsitzender des Beirats: Wolfgang Clement)
Geschäftsführer	Andreas v. Büren
Stellv. Geschäftsführer, Beauftragter der Deutschen Industrie für Sicherheit und Verteidigung bei der EU	Karsten Lepper
Abteilungsleiter Political & Public Affairs, Rüstungsexport	Peter Schebe n

(Stand: April 2017) Quelle: ^[4]

Vorstand

Mitglieder des **Vorstands** sind u.a.

- Armin Papperger (Präsident), Vorsitzender des Vorstands von **Rheinmetall**
- Frank Haun (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung von **Krauss-Maffei Wegmann**
- Wolfgang Schoder (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung der **Airbus Helicopters Deutschland GmbH**

(Stand: April 2017)

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder können Unternehmen der Wehrtechnik oder Sicherheitstechnik mit industrieller Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland werden, die sich auf dem Gebiet der Ausrüstung von Organen der Landesverteidigung und inneren Sicherheit betätigen. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Verbindungen

Der BDSV ist Mitglied in den folgenden Organisationen^[5]:

- **AeroSpace & Defence Industries Association of Europe (ASD)**

- [NATO Industrial Advisory Group \(NIAG\)](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#)
- [Deutsches Maritimes Institut \(korporatives Mitglied\)](#)^[6]
- [Sky and Space](#)

Lobbystrategien und Einfluss

Veranstaltungen

Der BDSV veranstaltet die Berliner Strategiekonferenz, die Young Leader's Conference und die Caféhausgespräche.^[7]

Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV

[Heinz Marzi](#) war bis März 2009 Generalleutnant der Bundeswehr. Nach seiner Pensionierung wurde er erster Geschäftsführer des BDSV. Im November 2010 stellte das [Bundesverteidigungsministerium](#) einen Interessenkonflikt zwischen seiner neuen Tätigkeit als Lobbyist und seinem ehemaligen Posten bei der Bundeswehr fest und verbot Marzi daraufhin seine Tätigkeit als Geschäftsführer des BDSV.^[8]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Der BDSV](#), Website des BDSV, abgerufen am 17.01.2013
2. ↑ [Über uns](#), Website des BDSV, abgerufen am 17. Januar 2013
3. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), Website des BDSV, abgerufen am 17.01.2013
4. ↑ [Geschäftsstelle](#), bdsv.eu, abgerufen am 29.04.2017
5. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), bdsv.eu, abgerufen am 29.04.2017
6. ↑ [In eigener Sache: Neue Mitglieder beim DMI](#), Meer Verstehen Blog des DMI, abgerufen am 19.01.2013
7. ↑ [Konferenzen](#), ruestungsindustrie.info, abgerufen am 29.04.2017
8. ↑ [Verteidigungsministerium stoppt Lobbyarbeit von Ex-General](#), Spiegel-Online vom 06. November 2010, abgerufen am 08.11.2010

Lobbyregister EU

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Das **EU-Transparenzregister** (auch: EU-Lobbyregister) ist eine öffentlich zugängliche Datenbank des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zur Registrierung von Interessenvertretern. Lobby-Akteure, die Kontakt zu den beiden Institutionen suchen, stellen dort auf freiwilliger Basis Informationen über ihre Lobby-Aktivitäten in der EU bereit und verpflichten sich zur Einhaltung eines Verhaltenskodex.

Im Herbst 2016 sind dort erstmals über 10.000 Lobby-Akteure registriert.

Im gleichen Jahr wurde ein Entwurf für ein verpflichtendes und auch für Teile des EU-Rats verbindliches Transparenzregister vorgestellt, siehe: Neue Entwicklungen.

Hinweis: Das offizielle Transparenzregister enthält nur die jeweils aktuelle Angaben und ist unter ec.europa.eu/transparencyregister aufrufbar. Unter lobbyfacts.eu lassen sich alte Einträge abrufen.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Transparenzregister der EU	28
1.1 Statistiken	28
1.2 Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	28
2 Wie funktioniert das Register?	29
2.1 Registrierung	29
2.2 Die Kategorien im Transparenzregister	29
2.3 Verpflichtende Angaben	29
2.4 Besonderheiten für Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien	30
2.5 Sanktionen bei Nicht-Registrierung	30
2.6 Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten	31
3 Studien zum Transparenzregister	32
4 Kritik am aktuellen Register	33
4.1 Allgemein	33
4.2 Schlechte Datenqualität	33
4.3 Anwendungsbereich	33
4.4 Ineffektivität der Sanktionen	33
4.5 Klientenschutz	34
4.6 Weitere Kritikpunkte	34
5 Neue Entwicklungen: aktueller Stand	34
5.1 Kritik am neuen Vorschlag	34
6 Geschichte des Transparenzregisters	35
6.1 Geplantes Register	35
6.2 Aktuelles Register	36

7 Beiträge von LobbyControl	37
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
9 Einzelnachweise	37

Das Transparenzregister der EU

Statistiken

Kategorien und Unterkategorien der Interessengruppen	Anzahl der Organisationen
I - Beratungsfirmen/Anwaltskanzleien/selbständige Berater	1.323
Beratungsfirmen	774
Anwaltskanzleien	140
Selbständige Berater	409
II - In-House-Lobbyisten, Gewerbe- und Berufsverbände	5.789
Unternehmen und Unternehmensgruppen	2.176
Gewerbe-, und Wirtschaftsverbände	2.407
Gewerkschaften und Berufsverbände	875
Sonstige Organisationen	331
III - Nichtregierungsorganisationen	3.067
IV - [Kategorie:Thinktank-EU Thinktanks]], Forschungs- und Hochschuleinrichtungen	901
Think tanks und Forschungseinrichtungen	580
Hochschuleinrichtungen	321
V - Organisationen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften vertreten	53
IV - Organisationen, die lokale, regionale und kommunale Behörden, andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen vertreten	563
Lokale und kommunale Behörden (subnationale Ebene)	121
Andere subnationale Behörden	101
Transnationale Netzwerke der sub-nationalen Ebene	79
Andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen	262
Gesamtzahl	11696

Stand: Januar 2018^[1]

Rechtsgrundlage und Zuständigkeit

In Artikel 11 des *Vertrags über die Europäische Union* verpflichtet sich die EU zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“^[2] Die Grundlage für das aktuelle Transparenzregister ist die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EU-

Parlament und **EU-Kommission**. Die ursprüngliche Version von 2011 wurde 2014 überarbeitet, sie trat am 1.1.2015 in Kraft.

Die Verwaltung des Registers unterliegt dem Gemeinsamen Transparenzregister-Sekretariat (GTRS), bestehend aus derzeit sieben Mitarbeitern des Europäischen Parlaments und der Kommission. Das GTRS ist für die Ausarbeitung der Leitlinien des Transparenz-Registers zuständig, und überprüft die Angaben der Organisationen.^[3]

Wie funktioniert das Register?

Registrierung

Die Registrierung für die Online-Plattform ist freiwillig, jedoch stimmt jede Organisation, die sich registriert, automatisch dem **Verhaltenskodex** für Interessenvertreter zu. Über einen Nutzerzugang können Daten hinzugefügt oder aktualisiert werden. Registrierte Vertreter sind für Korrektheit, Aktualität und Vollständigkeit verantwortlich. Sie sind unter anderem dazu verpflichtet, ihre Angaben spätestens drei Monate nach einer Änderung zu aktualisieren, und müssen ihren Account einmal im Jahr verifizieren.^[4]

Die Anmeldung ist nicht verpflichtend, wird aber für bestimmte Tätigkeiten vorausgesetzt. Registrieren sollen sich alle Organisationen und Einzelpersonen, die Tätigkeiten ausüben, die mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss auf die Beschlussfassung der Organe der EU nehmen möchten.^[5]

Die Kategorien im Transparenzregister

I Beratungsfirmen/Anwaltskanzleien/selbstständige Berater

II In-House-Lobbyisten, Gewerbe-, Wirtschafts- und Berufsverbände

III Nichtregierungsorganisationen

IV Denkfabriken, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen

V Organisationen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften vertreten

VI Organisationen, die lokale, regionale und kommunale Behörden, andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen vertreten

Quelle: Transparenzregister der Europäischen Union^[6]

Verpflichtende Angaben

Lobby-Akteure, die sich für das Transparenzregister anmelden, müssen verschiedene Angaben zu ihren Tätigkeiten machen:

- allgemeine Angaben (Adresse, rechtlicher Status, etc.)
- Interessen und Tätigkeiten des Akteurs
- die Organisationen und/oder Einzelpersonen, in deren Auftrag der Akteur agiert
- Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen (Ausschüsse, Foren)
- Geld- und Personalaufwand für diese Tätigkeiten
- Gesetze und Vorlagen, an denen der Akteur arbeitet

Quelle: Transparenzregister der Europäischen Union^[7]

Besonderheiten für Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien

Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien sind darüber hinaus verpflichtet, den jährlichen Umsatz anzugeben, den sie mit Repräsentationstätigkeiten erzielen.

Umsatz

- 100.000 –
499.999

500.000 –
1.000.000
> 1.000.000

Zusätzlich müssen die Kunden, zusammen mit den für die Repräsentationstätigkeit aufgewandten Kosten, offengelegt werden.

Kosten

- 10.000 –
24.999

25.000 – 49.999
50.000 – 99.999
100.000 – 199.999
200.000 – 299.999
300.000 – 399.999
...
800.000 – 899.999
900.000 –
1.000.000
> 1.000.000

Sanktionen bei Nicht-Registrierung

Organisationen, die sich nicht registrieren, verzichten auf verschiedene Privilegien im Umgang mit den Europäischen Institutionen. Die wichtigsten sind:

Parlament

- freier Zugang zu Gebäuden des EU-Parlaments
- nur registrierte Vertreter können als Redner vor einen Parlamentsausschuss eingeladen werden

Kommission

- Treffen mit Kommissionsmitgliedern, Kabinettsmitgliedern, Generaldirektoren
- automatische und frühzeitige Information über Aktivitäten, Fahrpläne, und Termine^[8]

Auch ohne Registrierung ist es jedoch für Lobby-Akteure möglich, das EP-Gebäude zu betreten, zum Beispiel mit einer Einladung eines Abgeordneten.

Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten

Die Angaben der Organisationen sollen durch das Sekretariat stichprobenartig oder nach Hinweisen über das Beschwerdeformular überprüft werden. Es kann über die Löschung der Daten verfügen, wenn diese veraltet oder falsch sind, oder wenn die Inhalte der registrierten Organisation im Widerspruch zu den Werten der EU stehen (vgl. EU Vertrag Artikel 6 Abs. 1,2).^[9]

Sanktionsmöglichkeiten reichen von Ermahnungen bis hin zur Aussetzung der Registrierung. Wird wiederholt gegen die Leitlinien verstoßen, ist der Ausschluss aus dem Register, und damit der Verlust der Privilegien möglich. Bei schweren Verstößen kann das GTRS das Veröffentlichen der Maßnahmen auf der Website des Transparenzregisters veranlassen.^[10]

2014 führte das GTRS 900 Überprüfungen von Einträgen durch. Dabei wurde 61 Warnmeldungen nachgegangen, und 212 Organisationen oder Einzelpersonen wegen Verstößen gegen die Leitlinien ausgeschlossen.^[11]

Übersicht über Sanktionen

Art des Verstoßes	Maßnahme	Erwähnung der Maßnahme im Register-Sekretariat	Dauerhafter Entzug der Zugangsberechtigung zu EP-Gebäuden
Nichteinhaltung , die sofort korrigiert wird	Schriftliche Benachrichtigung mit Bestätigung der Tatsachen und ihrer Korrektur	Nein	Nein
Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem GTRS oder unangemessenes Verhalten	Ausschluss aus dem Register, Deaktivierung der Zugangsberechtigung zu EP-Gebäuden, Verlust weiterer Anreize	Nein	Nein
Wiederholte und vorsätzliche Verweigerung der Zusammenarbeit / wiederholtes unangemessenes Verhalten / schwerwiegender Verstoß	Formeller Ausschluss aus dem Register, Entzug der Zugangsberechtigung	Ja	Ja

Quelle: Interinstitutionelle Vereinbarung über das Transparenzregister^[12]

Studien zum Transparenzregister

Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
05/2016	Anwälte als Lobbyisten - ein undurchsichtiges Geschäft	Alter-EU	Nina Katzemich, Vicky Cann	[13]
05/2016	Lobbyregister in ausgewählten Staaten auf EU Ebene		Wissenschaftlicher Dienst des deutschen Bundestags	[4]
03/2016	National Representations in Brussels - Open for Corporate Lobbyists	Alter-EU	Andreas Pavlou, Vicky Cann	[5]
05/2015	Update on „New and improved“	Alter-EU		[6]
06/2013	Rescue the Register - How to make EU lobby transparency credible and reliable	Alter-EU	Esther Arauzo, Olivier Hoedeman, Rachel Tansey	[7]
11/2013	Die Registrierungspflicht im Transparenzregister für Interessenrepräsentanten: EU-Kompetenzen und Grundrechtsbindungen	Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments	Martin Nettesheim	[8]
06/2013	Legal Study - Legal Framework for a mandatory EU lobby register and regulations	Alter-EU und Arbeiterkammer Österreich	Markus Krajewski	[9]
06/2012	Dodgy Data - Time to fix the EU's Transparency Register	Alter-EU	Esther Arauzo, Olivier Hoedeman, Erik Wesselius	[0]
06/2011	The Missing Millions - how the new lobby register needs to tackle the ‚under-reporting‘ by industrylobby groups	Alter-EU		[1]
06/2009	The Commission's Lobby Register One Year On: Success or Failure?	Alter-EU		[2]

Kritik am aktuellen Register

Allgemein

Das Transparenzregister ist nicht verbindlich. Eine juristische Grundlage für die Rechtsverbindlichkeit des Registers scheidet an der Erfordernis der Einstimmigkeit im Ministerrat.

Die fehlende Rechtsverbindlichkeit hat zur Folge, dass nicht alle Unternehmen, Kanzleien und sonstigen Interessenvertreter registriert sind, und sie dafür auch nicht sanktioniert werden können (z.B. durch Geldstrafen). Es ermöglicht es Lobby-Akteuren außerdem, die Angaben zurückzuziehen, sollten sie mit den Regeln des Registers nicht übereinstimmen.

Schlechte Datenqualität

2015 ermittelte *Transparency International*, dass die Hälfte aller Angaben im Transparenzregister fehlerhaft sind. Die Organisation weist daraufhin, dass diese Fehler zum Teil unabsichtlich, teils aber auch bewusst seien, um eine Offenlegung der tatsächlichen Angaben zu vermeiden.^[23]

Im Mai 2016 wies *Lobbyfacts* darauf hin, dass die Angaben der 51 Organisationen mit den höchsten Lobbyausgaben nur bei zwölf davon tatsächlich korrekt seien. Unter den 30 ersten Einträgen befände sich sogar nur einer, dessen Angaben glaubwürdig seien. *Lobbyfacts* weist darauf hin, dass bei einer Bereinigung der fehlerhaften Einträge große Lobbyakteure, wie **CEFIC**, **Shell** und **Microsoft** die Liste anführen würden.^[24]

Anwendungsbereich

Das Register beschränkt sich auf die Interessenvertretung, die sich auf das Parlament und die Kommission der EU beziehen. Tätigkeiten, die den **Rat der Europäischen Union** und die Ministerräte betreffen, werden nicht erfasst. Die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten in Brüssel (**COREPER**) sind bisher ebenfalls nicht verpflichtet, sich am Register zu beteiligen. Eine Alter-EU Studie zeigt, dass auch dieser Verknüpfungspunkt zwischen nationaler und europäischer Politik ein beliebter und unkomplizierter Weg ist, Einfluss auf europäische Gesetzgebung auszuüben.^[25]

Ineffektivität der Sanktionen

Unvollständige Beiträge werden kaum sanktioniert: dies liegt unter anderem an der personellen Unterbesetzung des GTRS, das nicht alle Angaben überprüfen kann. Im Jahr 2014 wurden bei 7.352 registrierten Akteuren 900 Überprüfungen durchgeführt, das heißt, dass jede achte Organisation geprüft werden konnte.^[26] Aufgrund der fehlenden Rechtsverbindlichkeit werden Unternehmen auch im Falle einer Sanktion nicht daran gehindert, weiterhin Lobbyismus in Brüssel zu betreiben. Nachdem die Kanzlei **White & Case** wegen Verstößen gegen die Leitlinien vom Register ausgeschlossen wurde, führte sie ihre Lobby-Aktivitäten in Brüssel nachweislich fort.^[27]

Klientenschutz

In einer 2016 veröffentlichten Studie macht LobbyControl auf große Anwaltskanzleien aufmerksam, die das europäische Transparenzregister umgehen, im verpflichtenden US-amerikanischen Register aber als Lobby-Akteure erfasst sind. Mit Hinweis auf Vertraulichkeit verzichten viele Kanzleien darauf, ihre Auftraggeber und Mandanten zu veröffentlichen. Die Studie zeigt, dass es wegen der fehlenden Rechtsverbindlichkeit möglich ist, sich trotz nachgewiesener Lobby-Aktivitäten nicht in das Register eintragen zu müssen.^[28]

Weitere Kritikpunkte

Werden Einträge überarbeitet, sind frühere Angaben nicht mehr öffentlich zugänglich, es ist also nicht möglich, frühere Lobby-Aktivitäten nachzuvollziehen. Um dies zu ermöglichen, betreiben [LobbyControl](#) und [CEO lobbyfacts.eu](#).

Um besser nachvollziehen zu können, welches Ausmaß die Repräsentationstätigkeiten einer Kanzlei für einen Mandanten haben, müssen die Stufen zur Angabe der Repräsentationskosten überarbeitet werden. Das aktuelle Register fasst alle Kosten über 1.000.000 € zu einer Stufe zusammen. Ob eine Organisation Ausgaben knapp über diesem Betrag verbucht, oder mehrere Millionen, bleibt intransparent.

Neue Entwicklungen: aktueller Stand

Am 28.09.2016 wurde im Rahmen der „Transparenzinitiative“ der Juncker-Kommission eine neue Interinstitutionelle Vereinbarung vorgeschlagen, die die Transparenz der EU-Organe verbessern soll.^[29] [Jean-Claude Juncker](#) hatte bei seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten zugesagt, ein für alle Lobbyakteure verpflichtendes Transparenzregister einzuführen.

Erster Schritt der Initiative war die Verpflichtung der EU-Kommissare und ihrer Kabinette, nur noch registrierte Lobbyisten zu treffen. Nun soll das EU-Parlament diesem Beispiel folgen.

Die Vereinbarung soll neben Kommission und Parlament erstmals auch den Europäischen Rat einschließen. Der Vorschlag sieht zudem vor, die Überprüfung der Angaben auszubauen und zu verbessern. Zusätzlich sollen mehr Sanktionen durchgeführt werden.^[30] Der Vorschlag soll im Laufe des Jahres 2017 in EU-Parlament und Ministerrat diskutiert werden.

Kritik am neuen Vorschlag

Der Vorschlag sieht noch immer keine rechtliche Verbindlichkeit vor.

Ein Großteil der Beamten von Kommission und Ministerrat kann weiterhin unregistrierte Lobbyisten treffen: zwar müssen Kommissare und Generaldirektoren ihre Treffen offenlegen, nicht aber Abteilungsleiter, Referatsleiter und deren Mitarbeiter.

Die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten in Brüssel (COREPER) sind weiterhin nicht verpflichtet, sich am Register zu beteiligen, ebensowenig wie der Ministerrat. Damit bleibt die Einflussnahme auf nationale Regierungsbeamte weiterhin nicht nachvollziehbar.

Zudem soll die [Lobbyismus](#)-Definition enger gefasst werden. Dadurch könnten Organisationen durch das Raster fallen, für die zuvor Registrierungspflicht bestand.^{[31][32]}

Geschichte des Transparenzregisters

Geplantes Register

Datum	Entwicklung	Änderung	Quelle
	Vorschlag der EU-Kommission:		[3]
28.09.2016	neue Interinstitutionelle Vereinbarung für ein verbindliches Transparenzregister	<ul style="list-style-type: none"> • Kommission, Parlament und Rat der Mitgliedstaaten 	[3] [3] [4]
01.03.2016 - 01.06.2016	Konsultationsprozess zur Verbesserung des bestehenden EU-Lobbyregisters	<ul style="list-style-type: none"> • Organisationen und selbstständige Einzelpersonen, die sich mit der Gestaltung und Umsetzung von EU-Politik befassen, können Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen 	[3] [5]
01.12.2014	Transparenz-Initiative der Juncker-Kommission	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Kommissarinnen, deren Kabinette und Generaldirektoren müssen Lobbytreffen veröffentlichen und dürfen Treffen nur mit registrierten Lobbyakteuren abhalten • Damit sanktioniert die EU-Kommission erstmals Lobbyisten, die sich nicht in das Register eintragen. • Außerdem: Vorschlag für ein neues verpflichtendes Lobbyregister für alle drei EU-Organe (Kommission, Parlament und Rat) 	[3] [6]

Aktuelles Register

Datum	Entwicklung	Änderung	Quelle
27.01.2015	Inkrafttreten der überarbeiteten Interinstitutionellen Vereinbarung	<ul style="list-style-type: none"> Umformulierung der Kategorien und Begriffsbestimmungen Einführung von Melde- bzw. Beschwerdeverfahren Überarbeitung des Verhaltenskodex Sanktionen: Verweigerung von Treffen breiterer Anwendungsbereich mit höheren Transparenzanforderungen aber: Ausnahme für Tätigkeiten auf Ebene der Mitgliedstaaten 	[3] [7]
22.07.2011	Interinstitutionelle Vereinbarung: Einrichtung eines gemeinsamen Transparenzregisters	<ul style="list-style-type: none"> Aussetzung der Registrierung oder Streichung aus dem Register, ggf. Einzug des Zugangsausweises bei Verstoß gegen den Verhaltenskodex umfangreichere Angaben (z.B. Anzahl der Personen, die beratend tätig sind, Mitwirken an Gesetzesvorhaben, die empfangene EU-Mittel) 	[3] [8]
23.06.2008	Einführung des Transparenzregisters der Kommission	<ul style="list-style-type: none"> Alle Organisationen sollen angeben, wen sie vertreten und welche Ziele und Aufgaben sie verfolgen. Lobbyisten sollen bei der Registrierung außerdem Finanzinformationen offenlegen Organisationen, die im Auftrag Dritter Lobbyarbeit betreiben: Angabe der Auftraggeber 	[3] [9]
08.11.2005	Vorschlag für eine europäische Transparenzinitiative der Barroso Kommission	<ul style="list-style-type: none"> Förderung der Transparenz der Lobbytätigkeiten bei den EU-Institutionen 	[4] [0]
19.06.1996	Parlament: Einführung eines Lobbyregisters und Verhaltenskodex für Lobbyisten	<ul style="list-style-type: none"> seit 2003: online abrufbar Freiwillige Registrierung für leichteren Zugang zum Parlament 	[4] [1]
01.11.1993	Vertrag über die Europäische Union / Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	<ul style="list-style-type: none"> Artikel 11 (2): "Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft" 	[4] [2]

Beiträge von LobbyControl

- [Dezember 2016: EU-Parlament stimmt für Verbot von Lobby-Nebentätigkeiten](#)
- [September 2016: Lobbyfacts: Update hebt EU-Lobbyrecherche auf neues Level](#)
- [Juni 2016: EU-Kommission verschweigt Treffen mit Google, Bayer und Co](#)
- [Mai 2016: Anwaltskanzleien in Brüssel boykottieren Lobbyregister](#)
- [Mai 2016: EU-Lobbyregister: 7000 Lobbyisten für den Tierfutterverband?](#)
- [Mai 2015: EU-Lobbyregister: Wie „neu und verbessert“ ist das Update?](#)
- [April 2015: EU-Lobbyregister: Beschwerde gegen Goldman Sachs verdrödet](#)
- [Januar 2015: EU-Lobbyregister Update: Zentrale Schwächen bleiben bestehen](#)
- [Dezember 2013: Niederschmetternder Jubelbericht zum Stand des EU-Lobbyregisters](#)
- [Oktober 2013: Geleakte Philip Morris-Lobbydokumente zeigen Unbrauchbarkeit des EU-Lobbyregisters](#)
- [Juni 2013: EU-Lobbyregister: freiwilliger Ansatz gescheitert](#)
- [November 2012: EU ist zufrieden mit Transparenzregister – Wir nicht!](#)
- [Juni 2012: Aktuelle Studie: Neues EU-Lobbyregister bringt keine Verbesserung](#)
- [Juni 2011: EU führt neues Lobbyregister ein – Nachbesserungsbedarf bleibt](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. [↑ Transparenzregister EU](#) abgerufen am 05.02.2018
2. [↑ EurLex-Portal Vertrag über die Europäische Union, überarbeitete Fassung von 2012](#) abgerufen am 20.10.2016
3. [↑ Jahresbericht des GTRS 2014](#) abgerufen am 21.10.2016
4. [↑ EU-Transparenzregister Datenschutzerklärung](#) abgerufen am 20.10.2016
5. [↑ Gemeinsames Transparenzregister-Sekretariat: Transparenzregister – Leitlinien für die Umsetzung \(Version 4.0\), 21. Januar 2015](#) abgerufen am 19.10.2016
6. [↑ Transparenz-Register der Europäischen Union](#) abgerufen am 28.10.2016
7. [↑ EU-Transparenzregister Datenschutzerklärung](#) abgerufen am 25.10.2016
8. [↑ Gemeinsames Transparenzregister-Sekretariat: Transparenzregister – Leitlinien für die Umsetzung \(Version 4.0\), 21. Januar 2015](#) abgerufen am 19.10.2016
9. [↑ Internetauftritt des Transparenzregisters](#) abgerufen am 25.10.2016
10. [↑ Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes: Lobbyregister in ausgewählten Staaten und auf EU-Ebene, 03.05.2016](#) abgerufen am 20.10.2016
11. [↑ Jahresbericht des GTRS 2014](#) abgerufen am 19.10.2016
12. [↑ Interinstitutionelle Vereinbarung über das Transparenzregister vom 19.09.2014](#) abgerufen am 26.10.2016
13. [↑ Katzemich, Cann: Anwälte als Lobbyisten - ein undurchsichtiges Geschäft Alter-EU, Mai 2015,](#) abgerufen am 08.11.2016
14. [↑ Lobbyregister in ausgewählten Staaten auf EU Ebene](#) Wissenschaftlicher Dienst des deutschen Bundestags, Mai 2016, abgerufen am 09.11.2016

15. ↑ [Pavlou, Cann: National Representations in Brussels – Open for Corporate Lobbyists](#) Alter-EU, März 2016, abgerufen am 09.11.2016
16. ↑ [Update on "New and improved Alter-EU](#), Mai 2015, abgerufen am 08.11.2016
17. ↑ [Rescue the Register – How to make EU lobby transparency credible and reliable](#) Alter-EU, Juni 2013, abgerufen am 08.11.2016
18. ↑ [Nettesheim, Martin: Die Registrierungspflicht im Transparenzregister für Interessenrepräsentanten: EU-Kompetenzen und Grundrechtsbindungen](#) Europäisches Parlament, November 2013, abgerufen am 11.08.2016
19. ↑ [Martin: Legal Framework for a mandatory EU lobby register and regulations](#) Alter-EU und Arbeiterkammer Österreich, Juni 2013, abgerufen am 09.11.2016
20. ↑ [Arauzo, Hoedeman, Wesselius: Dodgy Data – Time to fix the EU's Transparency Register](#) Alter-EU, Juni 2012, abgerufen am 09.11.2016
21. ↑ [The Missing Millions – how the new lobby register needs to tackle the ‚under-reporting‘ by industrylobby groups](#) Alter-EU, Juni 2011, abgerufen am 09.11.2016
22. ↑ [The Commission's Lobby Register One Year On: Success or Failure?](#) Alter-EU, Juni 2009, abgerufen am 09.11.2016
23. ↑ [Watchdog: Half of EU lobbying disclosures are faulty](#) politico.eu am 07.09.2016, abgerufen am 08.11.2016
24. ↑ [Corporate lobbies are biggest EU lobby spenders, but dodgy data persists](#) Lobbyfacts.eu am 02.05.2016, abgerufen am 08.11.2016
25. ↑ [Studie: National Representations in Brussels – Open for Corporate Lobbyists](#) Studie von Alter-EU, März 2016, abgerufen am 28.10.2016
26. ↑ [Jahresbericht des GTRS 2014](#) abgerufen am 19.10.2016
27. ↑ [Katzemich: Anwälte als Lobbyisten – ein undurchsichtiges Geschäft](#) Alter-EU, Juni 2016, abgerufen am 26.10.2016
28. ↑ [LobbyControl-Studie: Anwälte als Lobbyisten – ein undurchsichtiges Geschäft](#) Nina Katzemich, Juni 2016, abgerufen am 26.10.2016
29. ↑ [Factsheet zum Transparenzregister](#) Europäische Kommission an 28.09.2016, abgerufen am 26.10.2016
30. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 28.09.2016](#) abgerufen am 20.10.2016
31. ↑ [Pressemitteilung von Alter-EU am 28.09.2016](#) abgerufen am 20.10.2016
32. ↑ [Enttäuschender Vorschlag der EU-Kommission für ein verpflichtendes Lobbyregister](#) LobbyControl.de am 28.09.2016, abgerufen am 20.10.2016
33. ↑ [Factsheet zum Transparenzregister](#) Europäische Kommission an 28.09.2016, abgerufen am 26.10.2016
34. ↑ [Transparenzregister: Fortschritt mit vielen Lücken bei der Lobbytransparenz](#) Internetauftritt Sven Giegold am 28.09.2016, abgerufen am 26.10.2016
35. ↑ [Öffentliche Konsultation zu einem verbindlichen Transparenzregister](#) Europäische Kommission, abgerufen am 26.10.2016
36. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 25.11.2014](#) abgerufen am 26.10.2016
37. ↑ [Überprüfung des Registers](#) Internetauftritt des Transparenzregisters, abgerufen am 26.10.2016
38. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) abgerufen am 20.10.2016
39. ↑ [Pressemitteilung, 23. Juni 2008](#) Europäisches Parlament, abgerufen am 26.10.2016
40. ↑ [Mitteilung vom Präsidenten an die Kommission: Vorschlag für eine europäische Transparenzinitiative](#) abgerufen am 25.10.2016
41. ↑ [Hintergrundbericht vom 24.06.2008](#) Europäisches Parlament, abgerufen am 26.10.2016
42. ↑ [Vertrag über die Europäische Union](#) Eur-Lex, abgerufen am 25.10.2016